



## Julia Goll

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Stv. Vorsitzende der FDP/DVP-Fraktion  
Richterin am Landgericht a. D.

## Jochen Haußmann

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
und stv. Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion

# PRESSEMITTEILUNG

vom 16. Oktober 2023

Jochen Haußmann und Julia Goll fordern mehr Unterstützung vom Land

## Regionale Viehwirtschaft braucht regionale Schlachthöfe

„Die Viehwirtschaft im Rems-Murr-Kreis ist trotz aller Initiativen immer noch auf dem absteigenden Ast“, sagt Jochen Haußmann und sieht eine „ungute Wechselwirkung mit der Zahl der regionalen Schlachtangebote“: 27 ‚kleine‘ und einen ‚großen‘ meldete das Landwirtschaftsministerium auf einen Berichtsantrag der FDP-Landtagsfraktion für 2023 für Rotfleisch für den Rems-Murr-Kreis. „Das sieht im Vergleich zum Vorjahr stabil aus, ist aber mit Vorsicht zu genießen. 2020 und früher waren es noch 30.“ „Die lokale Viehwirtschaft zu stärken, ist uns ein wichtiges Anliegen“, sagt auch Julia Goll, die zusammen mit Jochen Haußmann und Werner Häfele als FDP/FW-Kreisräte auch im Kreistag schon eine Veranstaltung des Rems-Murr-Kreises zum Thema „Tierwohl und Regionalität“ initiierten und das Thema weiter vorantreiben wollen.

„Wir haben hier eine funktionierende Landwirtschaft, welche ihre Erzeugnisse auch hier in der Region, beziehungsweise im Landkreis vermarkten will. Dazu gehört auch, dass die Tiere hier geschlachtet werden sollten. Je länger die Transporte sind, je abträglicher für die Tiere“, sagt der Winnender Metzgermeister Werner Häfele. Deswegen die Forderung nach mehr hofnahen Schlachtbetrieben.

Die Viehhaltung insgesamt ist dabei im Rems-Murr-Kreis im Schrumpfen begriffen, sagt das Statistische Landesamt. Von 352 Rinder haltenden Betrieben im Jahr 2016 sind noch 320 übrig, die 19.889 (2016: 20.616) Tiere haben. Milchkühe haben 176 Betriebe mit 6.709 (2016: 6.859) Tieren. Die Zahl der Schweinehalter ist von 100 auf 79 gesunken, die Zahl der Tiere von 11.410 auf 9.447. Was nicht heißt, so Werner Häfele, „dass der Fleischverzehr dadurch sinkt, sondern nur, dass er von auswärts befriedigt wird.“

Das Land, so die Landtagsabgeordneten Jochen Haußmann und Julia Goll, habe es in der Hand, die „regionalen Wertschöpfungsketten zu retten. Sie schließen das aus der Antwort des Landwirtschaftsministeriums auf einen Berichtsantrag der FDP-Landtagsfraktion: „Es ist positiv zu werten, dass auch das baden-württembergische Landwirtschaftsministerium den dringenden Handlungsbedarf erkannt hat, um regionale Schlachtstrukturen zu erhalten. Regionale Schlachtbetriebe nehmen eine Schlüsselrolle für Höfe mit Tierhaltung ein. Fällt die abnehmende Hand weg, steigen mittelfristig die beliefernden Landwirte aus der Tierhaltung aus. Die in der Konsequenz längeren Transportwege der Tiere können weder politisch noch gesellschaftlich gewollt sein“, ist die Position der Fraktion. Kritik gibt es dabei aber daran, dass es das Land nicht geschafft hat, eine ähnliche

1/2

Wahlkreisbüro  
Werkstraße 24  
71384 Weinstadt-Endersbach  
T: 07151 502869-7



## **Julia Goll**

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Stv. Vorsitzende der FDP/DVP-Fraktion  
Richterin am Landgericht a. D.

## **Jochen Haußmann**

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
und stv. Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion

Regelung wie die bayerischen Kollegen zu schaffen: „Die vom Bayerischen Landtag verabschiedete Regelung enthält eine Deckelung der Gebühren bei Mastschweinen auf pauschal 7 Euro und bei Rindern auf 14 Euro je Schlachttier. Die Regelung ist begrenzt auf Schlachtbetriebe bis zu einem Schlachtaufkommen von bis zu 1 000 GVE/Jahr. Die Kreise erhalten im Gegenzug einen pauschalen Ausgleich je nach Schlachtzahlen über die FAG-Mittel-Zuweisungen. Die Deckelung umfasst auch Schlachtungen im Herkunftsbetrieb mit mobilen Einheiten (sogenannte Hof- und Weideschlachtung) nach der Neuregelung im EU-Hygienerrecht von 2021.“ Jochen Haußmann und Julia Goll: „Das Land verweist auf andere Priorisierungen im Haushalt, von daher bestehen also Möglichkeiten, wenn die Landesregierung dieses Thema in den Fokus nimmt.“